

A5 Werra und Weser weiter entlasten – Salzbelastung konsequent reduzieren

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2026
Tagesordnungspunkt: 7. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Werra und Weser verbinden die Bundesländer Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-
2 Westfalen und Thüringen, weswegen sich Bündnisgrüne am 18. Oktober 2026 aus den
3 vier Bundesländern trafen und ein Zeichen zur Entlastung von Werra und Weser
4 setzten. Die Landesdelegiertenkonferenz unterstützt diesen Protest und
5 positioniert sich entsprechend:

6 Die Kaliindustrie ist seit Generationen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und
7 bedeutender Arbeitgeber in der Region. Gleichzeitig hat sie die Flüsse mit
8 großen Mengen salzhaltiger Abwässer belastet. In den vergangenen Jahren sind
9 erhebliche Anstrengungen unternommen worden, diese Belastung zu reduzieren. Das
10 war eine Leistung von K+S, die wir anerkennen: Die Versenkung salzhaltiger
11 Abwässer wurde beendet, Produktionsverfahren wurden verbessert und alternative
12 Entsorgungswege entwickelt. Dennoch ist die Salzbelastung weiterhin erheblich.
13 Der eingeschlagene Pfad muss weitergehen.

14 Jetzt steht eine entscheidende Weichenstellung bevor. Die derzeitige
15 wasserrechtliche Einleiterlaubnis läuft Ende 2027 aus. Im gemeinsam von den
16 sieben Ländern der Flussgebietsgemeinschaft Weser beschlossenen
17 Maßnahmenprogramm Salz 2021–2027 war vorgesehen, dass ab Ende 2027 keine
18 Prozessabwässer aus der Kaliproduktion mehr in die Werra eingeleitet werden.
19 Lediglich die weiterhin anfallenden Haldenabwässer sollten auch danach noch
20 eingeleitet, aber in der Menge schrittweise reduziert werden.

21 K+S plant nun jedoch, auch von 2028 bis 2039 salzhaltige Prozess- und
22 Haldenabwässer in die Werra einzuleiten – im gleichen Umfang wie in den letzten
23 Jahren.

24 Für uns ist klar: Eine Fortschreibung des Status quo bis 2039 darf es nicht
25 geben.

26 1. Die Salzbelastung muss weiter sinken – keine Prozessabwässer mehr in Werra
27 und Weser

28 Die bisherige Planung muss weiter gelten: Ab Ende 2027 sollen keine
29 Prozessabwässer aus der Kaliproduktion mehr in die Werra eingeleitet werden.
30 Genau das wurde im Maßnahmenprogramm Salz 2021-2027 vereinbart. Eine neue
31 Einleiterlaubnis darf dieses vereinbarte Ziel nicht aufgeben und die Einleitung
32 von Prozessabwässern bis 2039 fortschreiben.

33 Für die weiterhin anfallenden Haldenabwässer braucht es einen verbindlichen
34 Reduktionspfad. Die Salzbelastung von Werra und Weser muss auch nach 2027
35 kontinuierlich weiter sinken. Die neue Bewirtschaftungsplanung für 2027 – 2033
36 muss das Ende der Einleitung von Prozessabwässern abbilden und gleichzeitig
37 ambitionierte Zielwerte für die weitere Reduzierung der Salzbelastung festlegen.

38 2. Prozessabwässer vermeiden und anderweitig entsorgen

39 Gerade bei den Prozessabwässern bestehen weitere Möglichkeiten zur Reduzierung.
40 K+S selbst kündigt mit dem Projekt „Werra 2060“ an, die Menge der
41 Prozessabwässer am Werk Werra um rund 50 Prozent zu reduzieren. In Wintershall
42 und Unterbreizbach sollen nasse Aufbereitungsverfahren künftig vollständig
43 entfallen.

44 Diese Transformation begrüßen wir. Sie muss aber auch Konsequenzen für die
45 Entsorgung haben: Vermeidung und Reduzierung müssen konsequent vorangetrieben
46 und die verbleibenden Prozessabwässer außerhalb von Werra und Weser entsorgt
47 werden. Technisch und ökologisch geeignete Alternativen zur Einleitung müssen
48 konsequent genutzt werden. Dabei darf die Umweltbelastung nicht lediglich von
49 einem Ort an einen anderen verlagert werden.

50 3. Haldenabwässer sind die langfristige Herausforderung

51 Selbst wenn Prozessabwässer deutlich reduziert werden, bleibt das salzhaltige
52 Niederschlagswasser der riesigen Rückstandshalden über Jahrzehnte eine zentrale
53 Herausforderung. Deshalb müssen Haldenabdeckung, Vermeidung weiterer Aufhaldung
54 und die Reduzierung des anfallenden Haldenwassers deutlich beschleunigt werden.

55 4. Gewässerschutz und sichere Arbeitsplätze zusammendenken

56 K+S ist ein bedeutender Arbeitgeber in und die Kaliproduktion ein wichtiger
57 Wirtschaftsfaktor für die gesamte Region. Gerade deshalb braucht der Standort
58 eine langfristig tragfähige Perspektive. Planungssicherheit entsteht nicht
59 dadurch, Umweltprobleme über weitere zwölf Jahre fortzuschreiben, sondern indem
60 Produktion und Entsorgung so weiterentwickelt werden, dass sie dauerhaft mit dem
61 Schutz von Werra, Weser und Grundwasser vereinbar sind.

62 Dafür tragen Unternehmen und Politik gemeinsam Verantwortung. Die Kosten der
63 Salzentsorgung und der Vermeidung von Umweltbelastungen dürfen dabei nicht auf
64 die Allgemeinheit verlagert werden.

65 Unser gemeinsames Ziel ist deshalb klar: Die geplante Einleiterlaubnis für
66 Prozessabwässer über 2027 hinaus darf nicht erteilt werden. Das im
67 Maßnahmenprogramm Salz vereinbarte Ende der Einleitung von Prozessabwässern muss
68 auch im neuen Bewirtschaftungsplan Salz 2027–2033 verbindlich abgebildet werden.
69 Für die weiterhin anfallenden Haldenabwässer braucht es einen verbindlichen
70 Reduktionspfad und deutlich mehr Anstrengungen, um ihre Menge zu verringern.
71 Gewässerschutz und eine langfristige wirtschaftliche Perspektive für die
72 Kaliregion gehören zusammen.